

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

04.09.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Radioaktive Vergangenheit – und strahlende Zukunft?</b> <i>WiWo.de (Wirtschaftswoche), 01.09.2023</i> .....	3
2   <b>Koloss für die Ewigkeit</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 02.09.2023</i> .....	7
3   <b>Atom spaltet FDP und Kanzler</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 02.09.2023</i> .....	10
4   <b>Millionen für LNG-Terminal: „MV ist käuflich!“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 04.09.2023</i> .....	11
5   <b>Verleger für Anbindung des Rügener LNG-Terminals erwartet</b> <i>nordkurier.de, 03.09.2023</i> .....	12

📅 WiWo.de (Wirtschaftswoche) | 01.09.2023 | S. online

👤 Cordula Tutt

🔗 WEBLINK

## DEUTSCHE ENERGIEPOLITIK

# Radioaktive Vergangenheit – und strahlende Zukunft?

*Ganz im Nordosten Deutschlands besichtigt die Umweltministerin, wie mühsam der Rückbau der Atomkraftwerke noch sein wird. In Lubmin lässt sich ein ganzes Experimentierfeld der Energiepolitik besichtigen.*

Dieser Container sieht nach Endzeit aus. Zu allen Seiten verschlossen steht er neben baugleichen Exemplaren in der großen Halle, der so genannten Zentralen Aktiven Werkstatt. In dieser Stahlbox, mit der Außenwelt nur durch eine gläserne Luke verbunden, sitzt ein Arbeiter jeweils zwei Stunden, dann eine halbe Stunde Pause, dann wieder, eine ganze Schicht lang. In Schutzmontur zerlegt, zersägt und stapelt er Metallteile aus alten Reaktorblöcken.

Aktiv heißt hier „radioaktiv“. So geht es also zu, wenn ein Atomkraftwerk zurückgebaut wird. Nebenan auf dem Gelände im vorpommerschen Lubmin ragen die Blöcke des früheren Kraftwerkes Greifswald als halbe Ruinen in den Himmel. Das Werk ging 1976 in der DDR ans Netz und wurde 1990 im vereinten Deutschland abgeschaltet. Seit 30 Jahren schon wird es nun auseinandergenommen und dekontaminiert. Hier hat das Endspiel des deutschen Atomzeitalters schon vor Jahrzehnten begonnen.

Seit im April 2023 die letzten Kernkraftwerke vom Netz gingen, steht in vielen Ecken Deutschlands diese Arbeit erst noch an. Sie ist mühsamer und langwieriger, wahrscheinlich auch teurer, als von den Regierungen und Betreibern bisher vorhergesagt. Vieles ist noch nicht erprobt, jedes Kraftwerk ist anders. Und schließlich hat Deutschland immer noch kein funktionsfähiges Endlager für mittelschwer belastetes Brennstoffmaterial. Für schwer verstrahlte Stoffe ist noch nicht einmal ein Ort gefunden.

Lubmin am nordöstlichen Ende der Republik kann als Endstation früherer Energiepolitik gesehen werden. Hier findet die mühsame Entsorgung einer Technologie statt, die kaum jemand vorher einplante und einpreiste, als die Meiler noch ordentlich Strom lieferten. In Sichtweite, näher an der Ostseeküste, ragt ein weiteres Mahnmal der Energiepolitik in die Luft. An einem

Pipeline-Knotenpunkt hinter Zäunen und Wällen liegen die Anlandestationen der nicht mehr funktionsfähigen Gaspipelines von Nord Stream

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) ist an diesem Donnerstag dort, weil ihr Ministerium die Aufsicht über kerntechnische Anlagen und die Entsorgung führt.

### Nebenan liegt der Riesentanker fürs Flüssiggas

Sie will aber auch besichtigen, was für die Gegend und für ganz Deutschland Zukunft bringen soll. Hier liegt zum Beispiel die „Neptune“, ein Tanker von 280 Metern Länge. Die „Neptune“ ist eine Floating Storage and Regasification Unit, ein FSRU. Hier landet Flüssiggas aus kleineren Schiffen an, das in der Neptune wieder gasförmig gemacht wird. Die „Neptune“ ersetzt Nord Stream.

Lemke wird zudem eine weitere Energie-Hoffnung für die Region besichtigen. Bisher ist es nur eine riesige Brachfläche zwischen Kraftwerk und Hafen, doch viel Fantasie und ein auf einer Staffelei aufgestellter bunter Lageplan in der Mitte der Wiese sollen helfen. Doch dazu später mehr.

### Gehakel zwischen Grünen und FDP geht weiter

In der Gegenwart ist erst einmal kein Platz für grüne Hoffnung. Die Ministerin ist trotz der eben erst demonstrierten Einigkeit auf der Regierungsklausur im brandenburgischen Meseberg zunächst wieder mit Reibereien zwischen FDP und der Ökopartei beschäftigt. Sie weist den Vorstoß der FDP-Fraktion, die Atomkraftwerke erstmal nicht zurückzubauen, von sich. „Es ist die eigene Verantwortung und Entscheidung der FDP, ob sie einen so rückwärtsgewandten Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen möchte“, hält sie entgegen. Der Chef der Liberalen im Bundestag,

Christian Dürr, hatte zuvor den Atomausstieg erneut in Frage gestellt.

„Die Atomkraft ist eine Technologie, die begonnen wurde, ohne über das Ende nachzudenken“, sagt Lemke. Und dieses mühsame Ende sei hier in Vorpommern zu betrachten. Dazu komme noch die „komplizierte Gemengelage, die meine Vorgänger hinterlassen haben“, weil in Deutschland nicht geklärt sei, wie Atom- müll zwischen- und schließlich unter der Erde endge- lagert werden solle. Ihre Botschaft: Lasst es bloß bleiben!

Das ehemaligen Fischerdorf Lubmin ist jedenfalls schon länger Experimentierfeld der Energiewirtschaft. Bei der staatlichen **EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** GmbH werden auch die Bauteile des anderen DDR-Atomkraftwerkes Rheinsberg zerlegt und dekontaminiert. 900 Menschen werden hier noch über Jahrzehnte einen Arbeitsplatz haben. Der Chef der Geschäftsführung, Henry Cordes, schätzt, dass die Abwicklung der Atomanlagen bei der **EWN** bis 2031 rund zehn Milliarden Euro kosten wird.

Sein Geschäftsführungskollege Joachim Löbach kann sich vorstellen, dass es angesichts von Inflation und gestiegenen Sicherheitsvoraussetzungen noch mehr werden könnte. Weil die Anlagen früher volkseigene Betriebe waren, ist nun der Bund zuständig für den Rückbau und kein privater Betreiber wie bei den west- deutschen Anlagen. Das Geld kommt direkt aus dem Etat des Bundesfinanzministeriums.

### Ohne Atom-Endlager liegt hier alles auf Halde

Insgesamt fallen in Lubmin 1,8 Millionen Tonnen Material an. Das meiste ist Beton und das wenigste so stark verstrahlt, so dass es in Castoren verpackt werden muss. Doch alles, was die Männer und die wenigen Frauen in der **EWN**-Halle nach der anstrengenden Zerlegung der Reaktoren noch als radioaktiv deklarieren, muss erstmal vor Ort bleiben.

An einem Zwischenlager für schwach und mittel- schwer radioaktiven Abfall auf dem Lubminer Gelände stehen reihenweise blaue und graue Container. Sie warten darauf, dass der Schacht Konrad in Nieder- sachsen endlich als unterirdisches Endlager freigegeben wird. Das könnte nach jetziger Planung 2029 der Fall sein. Eine Halle ist hier zudem gebaut worden für die stark verstrahlten Teile, die hier in insgesamt 74 Castor-Behältern lagern. Wann ein Endlager unter Tage zur Verfügung steht, wagt hier keiner zu sagen.

Nachdem das umstrittene Gorleben aufgegeben wurde, steht die deutsche Suche nach einem solchen End-

lager wieder ziemlich am Anfang. Volker Utke, der die Zerlegungsanlage und das Zwischenlager führt, denkt „in langen Zeiträumen“. Utke schätzt, dass die Zerle- gehalle sicher bis 2065 in Betrieb bleibt. Und wann sind die stark verstrahlten Castorbehälter unter der Erde und dann sicher verstaut? „Ich glaube nicht, dass der letzte Castor vor dem Jahr 2100 hier vom Hof ist.“ Er werde das nicht mehr erleben.

### Arbeit für Generationen

Die **EWN** dürfte also auch wegen der schwerfälligen Abläufe in Deutschland noch länger ein guter Arbeit- geber in der Region bleiben. Für neue Hoffnung aber müssen andere sorgen. Schließlich liegt der Stand- ort an funktionsfähigen Gasleitungen, die den Rest der Republik beliefern können. Was zunächst als Infra- struktur gedacht war, um das russische Gas aus den Nord-Stream-Pipelines weiter zu verteilen, wird der- zeit mit Flüssiggas im Hafen befüllt.

Doch Alexander Voigt, Mitgründer und Vorstand von HH2E, will die Infrastruktur künftig auch für die Erzeu- gung von Wasserstoff nutzen. Sein Unternehmen will damit eine Schwäche der erneuerbaren Energien aus- gleichen: Im Sommer gibt es zeitweise zu viel Sonnen- energie, die niemand nutzt, im Winter und nachts ist oft zu viel Windkraft vorhanden, die keine Abnehmer findet. „Wir wollen den Strom nehmen, der sonst ab- geregelt wird.“ Der Strom zu Spitzenzeiten sei an der Strombörse zudem fast kostenlos zu bekommen. Des- halb wolle er mit seiner Firma in Lubmin eine große Wasserstoffanlage schaffen, als Speicher.

### Pläne für die grüne Wiese

Erneuerbare Energie solle hier an mehreren Stunden täglich zu Wasserstoff umgewandelt werden, preist Voigt an. Der sei umweltfreundlich und könne gespei- chert werden – Kundschaft gebe es genug. Sein Unter- nehmen habe schon Abnehmer von der Bäckerei bis zu Kaffeeröstereien und Mobilitätsanbietern.

Einstweilen gehört aber noch viel Fantasie dazu in Lubmin für diese schöne neue Welt der Energie. Voigt kann der Ministerin bislang nur das Plakat mit der künftigen Anlage auf der Staffel präsentieren – mitten auf einer riesigen trockenen Wiese hinter den alten Re- aktorblöcken. „Wir bauen die Regentonnen für die En- ergiewende“, bemüht der Physiker Voigt ein Bild. Der Regen, der kommt von Windrädern und Sonnenkol- lektoren, und sein Unternehmen fängt ihn auf. Das Bild gefällt der Ministerin. Sie bedankt sich, „dass Sie uns hier einen guten Einblick in die neue Energiewelt ge- ben haben“.



**Bildunterschrift:** Mitarbeiter des Zwischenlager Nord zerlegen im Zwischenlager Lubmin bei Greifswald einen Dampferzeuger aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Obrigheim (Baden-Württemberg). (Archivbild von 2013)  
Foto: dpa



**Bildunterschrift:** Bundesumweltministerin Steffi Lemke besucht das LNG-Verarbeitungsschiff Neptune am LNG-Terminal im Industriehafen. Foto: dpa



**Bildunterschrift:** Umweltministerin Steffi Lemke und Henry Cordes, Geschäftsführer der Entsorgungswerk für Nuklearanlagen, besuchen die Zentrale Aktive Werkstatt (ZAW) zur Konditionierung und Dekontamination im bundeseigenen Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) in Lubmin. Foto: dpa



## Koloss für die Ewigkeit

**Seit 33 Jahren soll nahe Greifswald das größte Kernkraftwerk der DDR verschwinden. Doch beim Rückbau jagt ein Problem das nächste, alle Zeitpläne sind gerissen**

**Lubmin** – Leise zählt eine Frauenstimme runter. „20, 19, 18,...“ Dann einmal umdrehen, und wieder zählt die Stimme. Dann erst öffnet sich die Schleuse. Wer die „aktive Werkstatt“ verlassen will, egal ob für den Feierabend, die Kaffeepause oder auf dem Weg zur Toilette, der muss hier durch. Gleich zwei Schleusen sind es, zwischendurch wird noch die Arbeitskleidung abgelegt. So geht die Zeit ins Land im einstigen Kombinat Bruno Leuschner. Und die Schleusen, die eine mögliche radioaktive Kontamination messen sollen, sind längst nicht der größte Zeitverzug.

Bis 1990 lief hier, gleich beim Hafen von Lubmin, nur einen Steinwurf von der Ostseeküste entfernt, das größte Atomkraftwerk der DDR. Vier Kraftwerksblöcke erzeugten Strom, ein fünfter war im Probebetrieb, als die Mauer fiel. Block sechs war so gut wie fertig, erlebte aber nie eine Kernspaltung. Nach der Wende galten die sowjetischen WWER-Reaktoren nicht mehr als sicher genug. So begann die Geschichte ihres Rückbaus, 33 Jahre ist das her.

Rein äußerlich ist davon noch nicht einmal viel zu sehen. Die Verwaltungsgebäude sehen immer noch aus wie zu DDR-Zeiten, nur bröckelt hier und da der Putz. Die Betonkolosse der Blöcke stehen immer noch, ebenso der endlose Riegel des Maschinenhauses, der alle Blöcke miteinander verband. Über das ganze Gelände schlängeln sich Rohrleitungen wie über ein sibirisches Gasfeld. Nur drinnen sieht die Sache anders aus. Die Herzen der Kraftwerke, die Reaktordruckbehälter, sind längst herausoperiert. Im Zwischenlager, einer neuen, riesigen Halle, harren sie ihrer Zerlegung. Das kann noch dauern.

Denn diese größte Rück-Baustelle der Republik ist längst ein Menetekel für das Ende des deutschen Atomabenteuers: ehrgeizige Zeitpläne, immer neue Probleme, immer neue Kosten. Bis 2008 sollte der nukleare Teil der Anlage zurückgebaut sein, dann bis 2010, 2012, 2028. Inzwischen gelten die frühen 40er-Jahre als realistisches Datum. Die Sache entwickelte sich stets komplizierter als gedacht. „Beim Bau der

Atomkraftwerke hat nie einer über den Rückbau nachgedacht“, sagt Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne), die der Baustelle diese Woche einen Besuch abgestattet hat. „Eigentlich verantwortungslos.“ Und das Kernkraftwerk Greifswald ist ja längst nicht das letzte, das in diesem Land zurückgebaut werden soll.

Was auf die anderen zukommt, spielt sich in einer Halle am Rande des Geländes ab – jener Halle, die man nur mit der Schleusenprozedur wieder verlassen kann. Draußen vor dem Tor stehen in langen Reihen große blaue Container, beladen mit Reaktorteilen. Einer nach dem anderen kommen sie in die „zentrale aktive Werkstatt“; wobei das „aktive“ hier nichts mit Sport zu tun hat, sondern mit Radioaktivität. Und Werkstatt bedeutet auch nicht, dass hier etwas gebaut oder repariert wird. Hier wird zerlegt, zerschweißt, zertrümmert, gereinigt.

In einer wasserdichten Kabine etwa spritzt ein Arbeiter im Schutzanzug gerade kontaminierte Teile ab. Ein paar Meter weiter ist einer mit dem Schweißbrenner dabei, eine Metallplatte in handliche kleinere Platten zu zerlegen. Im Hintergrund arbeitet sich eine Bandsäge unermüdlich an einem Stahlklotz ab. Nur zerlegte und gereinigte Teile lassen sich „freimessen“. Nur freigemessene, also nicht kontaminierte Teile, lassen sich recyceln. Der Rest muss ins Endlager. Es ist eine schier endlose Arbeit, Container für Container wird so geleert und sein Inhalt zerlegt. Und jeder dieser blauen Container wird wieder neu gefüllt.

Als die Reaktoren noch liefen, arbeiteten hier an die 5000 „Kraftwerker“. Heute sind 900 Leute damit beschäftigt, das Kombinat zu zerlegen. Die Älteren haben noch geholfen, hier Strom zu erzeugen.

Doch die wenigsten von ihnen werden den Augenblick erleben, in dem all das Geschichte ist. Es passiere eben ständig etwas, mit dem keiner gerechnet habe, sagt Henry Cordes, der Chef des bundeseigenen „Entsorgungswerks für Nuklearanlagen“ (**EWN**), das die Reaktoren zerlegen soll. Da täten sich Ritzen im Beton

auf, in die kontaminierte Flüssigkeit gelaufen sei. „Und dann fangen wir an, das mit dem Hammer rauszuhämmern.“ So wird alles komplizierter als gedacht. „Die anderen werden diese Erfahrung schon auch noch machen“, sagt Cordes.

Insgesamt 28 einstige Atomkraftwerke und Forschungsreaktoren sind mittlerweile im Rückbau, weitere fünf haben damit noch nicht begonnen oder warten auf die Genehmigung. In Betrieb ist seit Mitte April keines mehr. Schöne Zeitpläne aber haben alle: Zwischen zehn und 15 Jahren setzen die Betreiber für den Rückbau an. So klang das in Greifswald auch mal. Auch sollte das ganze Projekt mal mit sechs Milliarden D-Mark auskommen. Daraus wurden später 6,6 Milliarden Euro. Inzwischen geht **EWN** von rund zehn Milliarden Euro aus – „inflationbedingte Kostensteigerungen und Lohnkostenentwicklungen der letzten Jahre“ noch nicht eingerechnet, wie ein Sprecher rasch dazu setzt. Und wenn der Job zu Beginn der vierziger Jahre tatsächlich getan ist, werden die Gebäude immer noch stehen. Es gibt nur keine Radioaktivität mehr.

Die wiederum soll dann in Endlager verschwinden, doch da sieht die Sache nicht besser aus als beim Kernkraftwerk Greifswald. Die mehr als 20 000 Tonnen kontaminierter Schutt etwa sollen im Schacht Konrad bei Salzgitter landen. Als das einstige Erzbergwerk

1977 als Endlager konzipiert wurde, sollte es 1989 in Betrieb gehen. Später galt 1997 als Starttermin, dann 2014, dann 2022. Im Juni gab die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bekannt, dass auch der letzte gültige Termin, 2027, nicht zu halten sein wird. „Bei den konkreten Arbeiten haben wir mehrfach erlebt, dass wir Aufgaben in ihrer Komplexität unterschätzt haben“ erklärte BGE-Geschäftsführer Thomas Lautsch. Neuer Termin ist nun 2029.

„Kein Beinbruch“ sei diese Verschiebung, sagt **EWN**-Chef Cordes. Schließlich hängt man ja selbst hinter dem Zeitplan. Schlimmer sehe es aus, wenn das Endlager bei Salzgitter gar nicht komme. Dann könne schlimmstenfalls der Rückbau zum Erliegen kommen. „Was uns mehr besorgt, ist der Angriff auf die Genehmigung als solches.“ Denn die Umweltverbände BUND und Nabu haben beim Land Niedersachsen beantragt, die Genehmigung für das Endlager ganz zu widerrufen. Ihr Verbündeter soll dabei ausgerechnet der Faktor Zeit sein: So viele Jahre nach Beginn der Planungen entspreche das Endlager einfach nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik.

**„Eigentlich verantwortungslos“, sagt Umweltministerin Lemke beim Baustellenbesuch**

**Zehn bis 15 Jahre setzen Betreiber für den Rückbau an. So klang das in Greifswald auch mal**



**Bildunterschrift:** 2013 rücken Arbeiter einem Dampferzeuger zu Leibe – da sollte das ganze AKW Greifswald schon seit fünf Jahren zurückgebaut sein. Foto: Bernd Wüstneck

 Süddeutsche Zeitung | 02.09.2023 | S. 6 Auflage: 125.765 | Reichweite: 553.264 dpa**KURZ GEMELDET****Atom spaltet FDP und Kanzler**

**Dresden/Berlin** – Die FDP-Bundestagsfraktion hat ein Offenhalten der Option auf die Nutzung der Atomenergie gefordert, stößt damit aber bei Kanzler Olaf Scholz (SPD) auf strikte Ablehnung. „Wir brauchen grundlastfähige Kraftwerke und wollen deshalb den Rückbau der noch einsatzfähigen Kernkraftwerke stoppen. Nur so bleiben wir in jeder Situation handlungsfähig“, heißt es in einem Beschluss, den die Fraktion am Freitag bei ihrer Klausur in Dresden fasste. Darin wird auch

für den „Einstieg in moderne, besonders abfall- und risikoarme Kernspaltungstechnologien“ plädiert. Fraktionschef Christian Dürr sagte, es sei bei der Energiepolitik „wichtig, dass wir uns alle Optionen offenhalten“. Dagegen erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Wolfgang Büchner am Freitag in der Bundespressekonferenz in Berlin: „Das Thema Kernenergie ist aus Sicht des Bundeskanzlers erledigt.“

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 04.09.2023 | S. 6

 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

 Juliane Lange

## LESERDEBATTE

# Millionen für LNG-Terminal: „MV ist käuflich!“

## Will der Bund LNG-Gegner mit einem millionenschweren Bahnprojekt besänftigen?

Die möglichen Gegenleistungen für das Rügener LNG-Terminal, über die sich das Land mit dem Bund in Gesprächen befindet, sorgen für Diskussionen unter Lesern. Konkret benannt werden der für das Terminal ohnehin erforderliche Ausbau des Hafens in Mukran. Auch der Ausbau der Bahninfrastruktur in Vorpommern wird erwähnt, auf der Strecke Berlin-Angermünde-Pasewalk-Stralsund-Sassnitz-Mukran.

Andreas Köhler ist der Meinung: „Mit Speck fängt man Mäuse.“ Michael Berhrens zeigt sich skeptisch: „Vom schicken Apartment in Prora hat man jetzt einen tollen Meerblick auf Industrieanlagen.“ Birte Nagel kritisiert: „MV ist käuflich.“ Und Steffen Camenz fragt: „Nennt man sowas nicht Bestechung? MV bekommt knapp eine Milliarde Euro für Projekte, im Gegenzug stimmt das Land dem LNG-Terminal zu.“

Auch für Lilith Jun ist die Sache äußerst fragwürdig: „Ungeheuerlich, wie am Willen des Bürgers vorbeiverhandelt wird.“ Christian Baumgart wettert: „Im wahren Sinne des Wortes schöne Aussichten. Die Grünen

versauen mehr die Umwelt, als dass sie sie erhalten. Wer wird denn im Strandkorb diesen monotonen Sound genießen wollen?“

Für OZ-Leser Jürgen Rosenthal ist dies „die gekaufte Umgehung der Demokratie“, woraufhin Stefan Müller erwidert: „Schwachsinn! Wieso wird hier irgendwie die Demokratie umgangen? Weil das Terminal in den Kommentarspalten bei Facebook für überflüssig gehalten wird? Erinnert mich an Stuttgart 21, wo angeblich auch alle dagegen waren, und nach einem Volksentscheid waren es dann doch nicht so viele.“

Wolfgang Ludwig verweist auf vertane Chancen: „LNG-Terminals in der geplanten Zahl wären nicht nötig, wenn vorherige Regierungen in Bund und Ländern den Ausbau erneuerbarer Energien nicht verschlafen hätten. Jetzt muss der Wirtschaftsstandort Deutschland auch durch ‚dreckiges Gas‘, zumindest temporär, gerettet werden. Dass die Grünen bemüht sind, das Licht nicht ganz ausgehen zu lassen, ist ein Treppwitz der Geschichte.“

 nordkurier.de | 03.09.2023

 Deutsche Presse-Agentur

 WEBLINK

## GAS, Lubmin

# Verleger für Anbindung des Rügener LNG-Terminals erwartet

*In Kürze soll es mit der Verlegung der Anbindungspipeline für das umstrittene Rügener LNG-Terminal losgehen. Das notwendige Spezialschiff ist aber noch nicht in Position.*

Die Verlegung der Anbindungspipeline für das umstrittene Rügener Flüssigerdgas (LNG)-Terminal rückt näher. Am Sonntag ließ das Verlegeschiff „Castoro 10“ am planmäßigen Startpunkt der Arbeiten unweit des Lubminer Industriehafens aber noch auf sich warten. Bis zum frühen Abend war es noch nicht eingetroffen. Von hier aus soll nach Angaben des Gasnetzbetreibers Gascade die Verlegung durch den Greifswalder Bodden starten. Dafür waren zuvor schon Baggarbeiten erfolgt.

Laut Gascade sollen zunächst auf dem Schiff weitere Vorbereitungen erfolgen. Dann solle ein Leitungsstück durch einen bereits fertig gestellten sogenannten Mikrotunnel am Anlandepunkt in Lubmin eingezogen werden. Voraussichtlich ab der zweiten Wochenhälfte sollen dann die eigentlichen Verlegearbeiten durch den Bodden beginnen.

### Genehmigungsverfahren läuft noch

Der erste Seeabschnitt bis vor die südöstliche Küste Rügens ist bereits genehmigt. Für den zweiten Abschnitt – etwa die zweite Hälfte bis zum geplante Terminal in Mukran im Norden der Insel – läuft das Genehmigungsverfahren. Der Zeitplan ist eng. Noch im kommenden Winter soll das Terminal nach Vorstellungen

der Bundesregierung betriebsbereit sein.

Wenn es nach der Gemeinde Binz und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) geht, wird daraus nichts. Beide haben beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Klage gegen die Genehmigung des ersten Seeabschnitts eingereicht. Damit verbunden haben sie außerdem Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt, mit dem sie einen Baustopp erwirken wollen. Wann mit einer Entscheidung gerechnet werden kann, ist nach Angaben des Gerichts noch nicht absehbar.

### Bund betont Versorgungssicherheit

Die Offshore-Pipeline soll rund 50 Kilometer lang werden und den Gasleitungsknotenpunkt Lubmin mit Mukran verbinden. Dort sollen zwei Spezialschiffe stationiert werden, die LNG aufnehmen, wieder in den gasförmigen Zustand bringen und über die Anbindungsleitung ins Gasnetz einspeisen.

Nach Ansicht des Bundes ist das Terminal wichtig für die Sicherheit der Energieversorgung auch im Falle eines kalten Winters oder falls andere Lieferwege ausfallen sollten. Kritiker sprechen hingegen von nicht benötigten Überkapazitäten und fürchten um die Umwelt Rügens und den für die Insel wichtigen Tourismus.